



Gefördert durch



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Demokratie-Report

3	Kurzfassung
6	Warum für Demokratie engagieren?
10	5 Lösungsansätze der Zivilgesellschaft
	1. Desinformationen entgegenwirken . . . 10
	2. Politische Beteiligung ausbauen . . . 12
	3. Systeme verändern 14
	4. Soziale Ungleichheit bekämpfen . . . 16
	5. Diskriminierung abbauen 18
20	Schritt für Schritt wirkungsvoll fördern
23	Zum Weiterlesen

Herausgeberin

PHINEO gemeinnützige AG
Anna-Louisa-Karsch-Straße 2
10178 Berlin
Tel.: +49 30 520 065400
info@phineo.org ↗

Erstveröffentlichung: 29.10.2024

[PHINEO.ORG](https://phineo.org) ↗

© PHINEO gemeinnützige AG, Berlin

Autor

Sven Braune

Schlussredaktion

Silvia Weber und Susanne Spenn

Redaktionelle Mitarbeit

Nafisa Fariba, Bianca Kirschbaum

Visuelles Konzept, Infografik und Layout

Linda Walter und Elke Wolf

Demokratie besser machen – was heißt das?



Sven Braune

Analyse & Beratung

+49 30 520 065 333

sven.braune@phineo.org 

Die Abfolge globaler Krisen hat das Vertrauen in demokratische Institutionen erschüttert und gesellschaftliche Spannung verstärkt. Unsicherheit und Zukunftsängste nehmen zu. Rechtsextreme und populistische Parteien versuchen, daraus politisches Kapital zu schlagen.

Wenn wir auf solche Entwicklungen reagieren, sollten wir uns neben der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Populismus fragen: Was kann Demokratie besser machen, damit Krisen und Transformationsprozesse gut bewältigt werden? Wie kann sie zur Lösung von gesellschaftlichen Konflikten beitragen, die mit Krisen und Veränderungen einhergehen?

Das sind unter anderem Konflikte darüber, wer Belastungen und Kosten trägt, wie knappe Ressourcen, Wohnraum oder Bildungschancen fair verteilt werden, wer dazugehört und wer nicht. Die Demokratie kann solche Konflikte nicht verhindern. Sie kann aber dafür sorgen, dass diese sozial gerecht und unter Wahrung der Menschenwürde ausgetragen und gelöst werden.

Die Zivilgesellschaft hilft der Demokratie dabei und macht sie dadurch besser. Der Demokratie-Report liefert hierzu Einblicke und Beispiele. Fördernde erfahren, was sie tun können, um die wichtige Arbeit der Zivilgesellschaft zu unterstützen und auszubauen.



Es zeigen sich fünf Probleme, die eine Lösung von gesellschaftlichen Konflikten erschweren:

1. Desinformationen und Hate

Speech fördern Ängste und Feindbilder, die von sachlichen Debatten ablenken, wie Konflikte wirksam gelöst werden können.

2. Krisen und Transformation führen zu **Veränderungsmüdigkeit** und **Misstrauen in die Demokratie**.

Veränderungen werden verschleppt, viele Konflikte schweben weiter.

3. Langsame Prozesse, fehlende Kooperation, mangelnde Beteiligung: **Strukturelle Schwächen** des Staates mindern die Effektivität der Demokratie beim Lösen von Konflikten.

4. Werden **soziale Ungleichheiten** nicht an der Wurzel gepackt, spitzen sich Verteilungs- und Ressourcenkonflikte über verschiedene Krisen hinweg zu – und sind schwerer lösbar.

5. Diskriminierende Haltungen

führen dazu, dass in Krisen oft nach Sündenböcken gesucht wird, anstatt sich auf strukturelle Ursachen und Lösungen zu fokussieren.

Wichtig ist: Diese fünf Probleme sind eng miteinander verkoppelt, verstärken sich teils gegenseitig. Daher lässt sich kaum sagen, welches Problem zuerst bearbeitet werden muss. Die gute Nachricht: Wer dazu beiträgt, eines der Probleme zu verkleinern, kann damit indirekt auch andere Probleme mindern.

5 Lösungsansätze der Zivilgesellschaft

Wir haben fünf Lösungsansätze der Zivilgesellschaft identifiziert, mit denen sie diese Probleme angeht und dadurch Demokratie besser macht.

1

DESINFORMATIONEN ENTGEGENWIRKEN:

Zivilgesellschaftliche Organisationen bekämpfen Desinformationen und Hate Speech (Hassrede) durch Counter Speech (Gegenrede), Medienbildung, Faktenchecks und investigative Recherchen. Sie rücken dadurch den Fokus auf Fakten und konstruktive Lösungen von Konflikten, die im Lärm irreführender und falscher Informationen oft untergehen.

2

POLITISCHE BETEILIGUNG AUSBAUEN:

Mehr politische Beteiligung der Bevölkerung wird als wirksames Mittel gegen Veränderungsmüdigkeit und Vertrauensverlust gesehen. Aber es ist wenig wirksam, einfach mehr Beteiligungsformate anzubieten. Die Zivilgesellschaft arbeitet daher an einer zeitgemäßen, niedrighschwelligen und inklusiven Beteiligung – und erreicht damit Junge und Ältere, politisch Interessierte und Desinteressierte sowie Menschen und Gruppen, die bisher wenig Gehör finden.

3

SYSTEME VERÄNDERN:

Nicht nur die Demokratie, auch der Staat muss sich zur Bewältigung von Krisen und Transformation verbessern. Die Zivilgesellschaft ist für beides wichtige Impulsgeberin. Sie deckt strukturelle Schwächen auf und setzt sich für systemische Veränderungen ein. Sie berät den Staat darin, besser zu beteiligen und zu kooperieren, aus Fehlern zu lernen und neue Technologien für die Lösung komplexer Probleme zu nutzen.

4

SOZIALE UNGLEICHHEIT BEKÄMPFEN:

Die Zivilgesellschaft engagiert sich durch Kampagnen und Lobbying für armutssichere Einkommen, faire Vermögensverteilung und eine gerechte Steuerpolitik. Sie erhöht durch Kooperationsprogramme mit Wirtschaft und Staat berufliche Chancen für Benachteiligte und lindert Armut durch Rechtsberatung und Betroffenhilfe. Dadurch hilft sie, strukturelle Ursachen sozialer Ungleichheit zu bekämpfen.

5

DISKRIMINIERUNG ABBAUEN:

Wichtig ist es, in der Breite der Gesellschaft abwertendes Verhalten zu thematisieren, institutionelle Diskriminierung in Behörden, Unternehmen und anderen Organisationen zurückzudrängen sowie diskriminierte Menschen dabei zu unterstützen, ihre Rechte einzufordern.

Konkrete Tipps für
die wirkungsvolle
Förderung der
Zivilgesellschaft
erhalten Sie auf
Seite 20.

Warum für Demokratie engagieren?

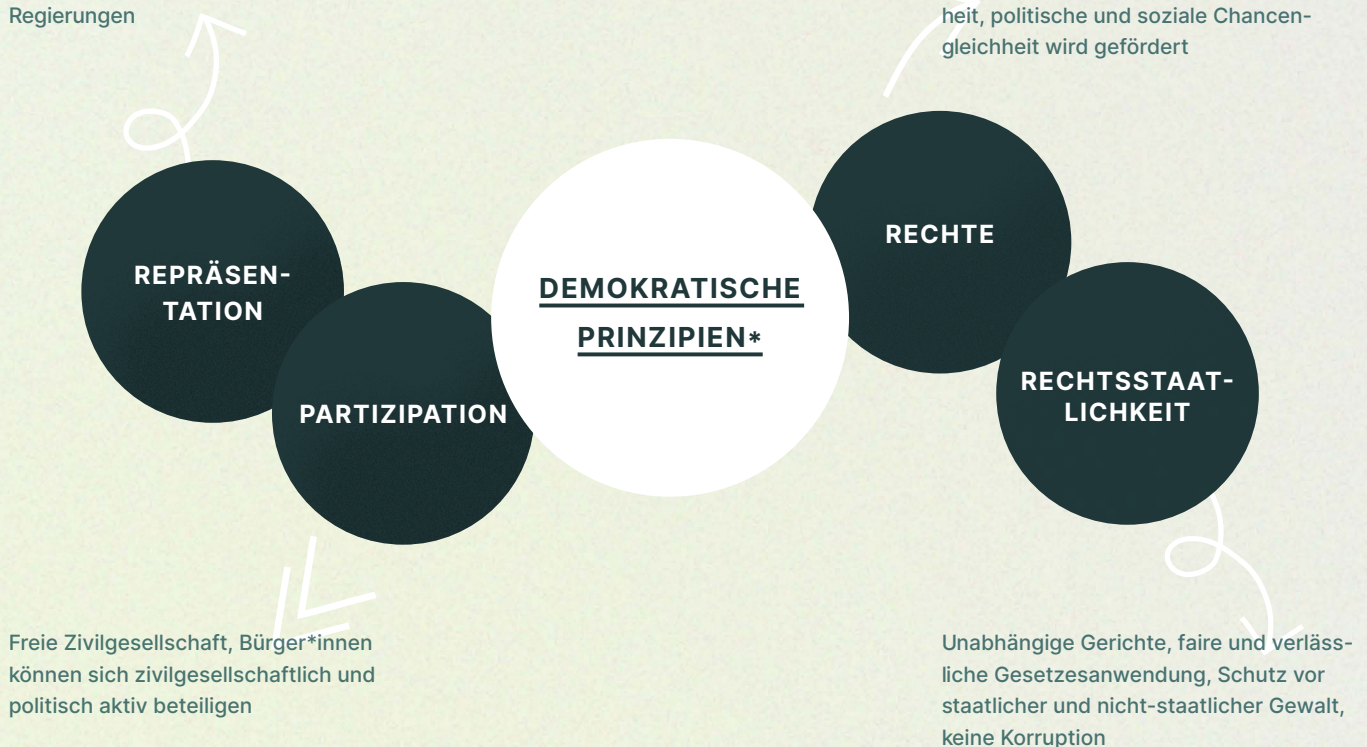
Es gibt viele gute Gründe, sich für die Demokratie zu engagieren: Sie fördert wirtschaftliches Wachstum, gewährt sozialen Schutz und verbessert den Zugang zu öffentlichen Gütern wie Bildung. Sie reduziert die Kindersterblichkeit und fördert Geschlechtergleichstellung sowie Frieden und Sicherheit. Demokratien sind in diesem Bereich weitaus erfolgreicher als autokratische Systeme. Dennoch befindet sich die Demokratie weltweit auf dem Rückzug. Im Jahr 2023 entwickelten sich 42 Länder in Richtung einer Autokratie.

Demokratie in Deutschland: stark, aber nicht unerschütterlich

Der Zustand von Demokratien lässt sich daran erkennen, wie umfassend folgende vier Kriterien erfüllt sind. Autokratien erfüllen keine oder nur wenige dieser Kriterien:

Freie und faire Wahlen, Parlament kontrolliert die Regierung, Parteigründungen sind erlaubt, Bürger*innen können für Ämter kandidieren, es gibt eigenständige lokale Regierungen

Bürgerliche und soziale Grundrechte sind gesichert, Presse- und Vereinigungsfreiheit funktioniert, gleichberechtigter Zugang zu Justiz, Bildung und Gesundheit, politische und soziale Chancengleichheit wird gefördert



*Abbildung 1: Quelle: The Global State of Democracy Indices (eigene Darstellung)

Warum für Demokratie engagieren?

Deutschland gilt nach diesen Kriterien als starke Demokratie, was unter anderem durch die regelmäßigen Berichte zur Demokratiequalität von Freedom House, EIU, V-Dem und Democracy Tracker bestätigt wird. Verbessern muss sie sich vor allem darin, gleichberechtigte Zugänge sowie politische und soziale Chancengleichheit zu gewährleisten. Aber auch in anderen Bereichen besteht Handlungsbedarf.

Die Demokratie steht unter Druck

Globale Krisen wie Klimawandel, Fluchtbewegungen, wirtschaftliche Instabilität und geopolitische Spannungen setzen die deutsche Demokratie unter Druck. Der Eindruck, dass ein Krisenereignis auf das nächste folgt, hat das Vertrauen in demokratische Institutionen erschüttert. Viele Menschen fühlen sich unsicher und machtlos, und das fördert Rechtspopulismus und -extremismus.

Wenn wir auf solche Entwicklungen reagieren, sollten wir uns neben der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Populismus fragen: An welchen Stellen kann sich die Demokratie verbessern, um trotz Polykrisen handlungsfähig zu bleiben und Transformationsaufgaben wie die Energie- und Verkehrswende, den demografischen Wandel und die Migration zu bewältigen?

Ungelöste Konflikte fordern die Demokratie

Je nach Krise oder Transformationsaufgabe stehen ungelöste Konflikte mal mehr, mal weniger im Mittelpunkt der öffentlichen Debatte, zum Beispiel:

Verteilungskonflikte: Wer trägt die Kosten? → Klimakrise

Identitätskonflikte: Wer gehört dazu? → Umgang mit Flucht und Migration

Sicherheitskonflikte: Was schützt uns? → Waffenlieferungen in Kriegsgebiete

Normkonflikte: Welche Regeln gelten für alle? → Pandemiebekämpfung

Polykrise

Mit Polykrise ist die gleichzeitige Verflechtung mehrerer globaler Krisen gemeint, die sich gegenseitig verstärken. Klimakrise, Kriege und Inflation führen zu vielen gesellschaftlichen Konflikten, die gleichzeitig ausgehandelt werden müssen.



Warum für Demokratie engagieren?

5 Probleme bedrohen die Demokratie

Die Demokratie kann nicht verhindern, dass es zu Krisen und gesellschaftlichen Konflikten kommt. Sie kann aber dafür sorgen, dass diese Konflikte friedlich und unter Wahrung demokratischer Prinzipien wie Gleichberechtigung gelöst werden. Wir haben fünf markante Probleme identifiziert, die das erschweren:

- 1. Desinformationen und Hate Speech** fördern Ängste und schwächen das Vertrauen darin, dass demokratische Institutionen Krisen bewältigen und Konflikte im Sinne der Mehrheit lösen können. Das lenkt von sachlichen Debatten darüber ab, wie wir Konflikten wirksam begegnen können.
- 2.** Polykrisen haben Zukunftsängste und das **Misstrauen in demokratische Institutionen** deutlich verstärkt. Menschen sind zunehmend **veränderungsmüde**. Diese Entwicklungen können dazu führen, dass Veränderungen verschleppt werden, Konflikte weiter schwelen und ungelöst bleiben.
- 3.** Krisen zeigen **strukturelle Schwächen auf**: langsame Prozesse, bürokratische Hürden, fehlende Beteiligung von Bürger*innen und mangelnde Koordination von Lösungen. Ohne systemische Veränderungen ist es schwerer, Krisen und Veränderungen zu bewältigen. Das schwächt die Effektivität der Demokratie und das Vertrauen in sie.
- 4.** **Soziale Ungleichheit** untergräbt das demokratische Prinzip gleicher Rechte. Benachteiligte Menschen verlieren das Vertrauen in die Demokratie, da sie sich nicht gehört oder vertreten fühlen. Werden soziale Ungleichheiten nicht an der Wurzel gepackt, spitzen sich Verteilungs- und Ressourcenkonflikte über verschiedene Krisen hinweg zu – und sind schwerer lösbar.
- 5.** Menschenfeindliche Einstellungen und **Diskriminierung** fördern Feindseligkeiten gegenüber bestimmten Gruppen. So verfestigt sich soziale Ungleichheit. Unter dem Eindruck von Krisen steigt die Gefahr, dass Sündenböcke für Konflikte gesucht werden, statt sich auf strukturelle Ursachen und Lösungen zu fokussieren.

Warum für Demokratie engagieren?



Abbildung 2: Verknüpfung von Problemen, die eine Lösung gesellschaftlicher Konflikte erschweren (eigene Darstellung)

Die fünf Probleme bedingen sich gegenseitig

Die genannten Probleme sind eng miteinander verknüpft und verstärken sich teils gegenseitig. Einige Beispiele:

- **Desinformationen** machen die Menschen misstrauisch gegenüber demokratischen Institutionen. Wer Institutionen misstraut, neigt eher dazu, Desinformationen zu verbreiten.
- Schwer zugängliche **politische Entscheidungsprozesse** entmutigen Menschen, sich zu beteiligen. Dadurch fehlen Impulse aus der Bevölkerung, um notwendige demokratische Reformen voranzutreiben, wie zum Beispiel mehr Bürger*innenbeteiligung.
- Besonders Menschen, die von Armut betroffen sind, vertrauen den Institutionen nicht. Wenn sie deshalb den Kontakt zu Institutionen meiden und ihre Rechte nicht einfordern, wächst die **soziale Ungleichheit** weiter.

Probleme müssen parallel zueinander gelöst werden

Es gibt keine klare Empfehlung, welches Problem zuerst gelöst werden sollte. Es ist zentral, **soziale Ungleichheit** und **Diskriminierung** zu verringern, aber das braucht viel Zeit und stetigen Einsatz. Kurzfristig hilft es, **Desinformationen und Hate Speech** zu bekämpfen. Doch das allein wird nicht ausreichen, um unsere Demokratie langfristig zu stärken. Es braucht auch innovative Ansätze, um die **Beteiligung** der Bürger*innen zu verbessern und um an einem **Staat** zu arbeiten, der mit Krisen und Veränderungen gut umgehen kann.

Die Zivilgesellschaft setzt an allen fünf Problemen an und macht die Demokratie auf verschiedenen Wegen besser.

1. Desinformationen entgegenwirken



Demokratien sind von Konflikten und Spannungen durchzogen. Es geht ständig darum, Zielkonflikte auszuhandeln, Kompromisse zu finden und Lösungsversuche zu wagen. Die Polykrise beschleunigt diese Dynamik, weil viele Konflikte miteinander verwoben sind und gleichzeitig gelöst werden müssen.

Rechtsextreme und populistische Akteure nutzen diese unübersichtliche Lage gezielt aus. Sie verbreiten irreführende und falsche Informationen sowie Hassbotschaften, um das Vertrauen in Regierungen und andere demokratische Institutionen zu schwächen. Ihre zentrale Aussage: „Die etablierten Parteien schaffen es nicht, Krisen zu bewältigen und Konflikte im Sinne der Mehrheit zu lösen.“ Diese Botschaft verbreitet sich besonders in unsicheren Zeiten schnell über soziale Netzwerke bis hin zu etablierten Medien.

Konflikttyp	Zielkonflikt in Demokratien	Desinformation & Hate Speech
Verteilungskonflikt	<u>Wie können wir den Klimaschutz voranbringen, ohne soziale Ungleichheit zu vergrößern?</u>	„Klimaschutz ist ein Projekt der Eliten. Die Kosten werden auf den einfachen Bürger abgewälzt!“
Sicherheitskonflikt	<u>Wie erhöhen wir die öffentliche Sicherheit, ohne dabei ganze Gruppen zu stigmatisieren?</u>	„Geflüchtete sind eine Bedrohung für unsere Sicherheit! Der Staat schützt uns nicht vor Gewalt.“
Identitätskonflikt	<u>Welche Werte können uns als Gesellschaft einen, trotz unterschiedlicher kultureller Hintergründe?</u>	„Wir sollen unsere Werte und Traditionen für fremde Kulturen aufgeben!“
Normkonflikt	<u>Wie können wir Gesundheitsschutz und Freiheitsrechte in Einklang bringen?</u>	„Der Staat nutzt die Pandemie, um unsere Freiheitsrechte dauerhaft zu beschneiden!“

Abbildung 3: Vier Beispiele für Zielkonflikte in Demokratien und deren rechtspopulistische Aufladung (eigene Darstellung)

Lösungsansätze der Zivilgesellschaft

Folgen für die Demokratie

Desinformationen und Hate Speech schüren Ängste vor Bedrohungen, vertiefen Misstrauen in demokratische Institutionen und festigen rechts-populistische Positionen in der Bevölkerung. Sie fördern eine Kultur des Misstrauens und der Feindseligkeit, in der sachliche Debatten zunehmend verdrängt werden. Konstruktive Lösungsansätze gehen im Lärm der Desinformation unter.

Besonders problematisch ist es, wenn demokratische Parteien diese Entwicklungen verstärken, indem sie etwa bei Migrationsthemen autoritär-populistische Positionen aufgreifen. Wenn in Debatten nicht mehr die Würde der Menschen, sondern ihre Herkunft im Vordergrund steht, sind demokratische Grundprinzipien in Gefahr.

Beispiele

Correctiv – Recherchen für die Gesellschaft e. V., [correctiv.org](https://www.correctiv.org)

Das gemeinnützige Recherchenetzwerk Correctiv bietet Schulungen und Workshops für Journalist*innen an, um sie in den Bereichen Faktencheck und investigativer Journalismus weiterzubilden.

Digitale Helden gGmbH, [digitalehelden.de](https://www.digitalehelden.de)*

Im Mentorenprogramm werden Jugendliche der 8. und 9. Klasse ausgebildet, jüngere Mitschüler*innen im Umgang mit Fake News, Hate Speech und Cybermobbing zu unterstützen.

faktenstark, [faktenstark.de](https://www.faktenstark.de)

Das Projekt faktenstark setzt auf spielerische Zugänge. Mit dem Trust-O-Mat trainieren (junge) Nutzer*innen ihre Fähigkeiten, manipulierte oder falsche Inhalte im Internet zu erkennen.

***mit dem PHINEO-Wirkt-Siegel ausgezeichnet**

Hier können Sie die Zivilgesellschaft unterstützen

Die Zivilgesellschaft hat in den letzten Jahren eine Vielzahl neuer Angebote geschaffen, um Desinformationen, Fake News und Hassrede sowie deren Folgen einzudämmen:

- Medienbildungsangebote helfen dabei, Fake News und Desinformationen zu erkennen. Noch grundlegender fördern sie Kompetenzen, die eigene Mediennutzung zu reflektieren und qualitativ hochwertige Informationen zu recherchieren.
- Faktencheck-Plattformen entlarven Desinformationen und Fake News.
- Schulungen zu Counter Speech befähigen dazu, Hassrede konstruktiv und mit Fakten zu begegnen.
- Durch Lobbying und Kampagnen setzen sich Organisationen für strengere Gesetze und Regulierungen von Online-Plattformen ein, um Hate Speech und Desinformationen einzudämmen.
- Gemeinnütziger Journalismus hilft dabei, Desinformation durch hochwertige Berichterstattung, Faktenchecks und Medienbildungsangebote einzudämmen.

Sprechen Sie uns an. Wir haben eine umfassende Analyse des Non-Profit-Journalismus durchgeführt und kennen förderungswürdige Organisationen!

2. Politische Beteiligung ausbauen

29 Millionen Menschen in Deutschland engagieren sich freiwillig. Das zeigt: Sehr viele Menschen denken gemeinwohlorientiert und wollen mitgestalten. Gleichzeitig glauben viele, an großen gesellschaftlichen Herausforderungen wenig verändern zu können. Laut der Sinus-Jugendstudie 2024 verbreitet sich dieses Gefühl auch bei jungen Menschen.

Ein großer Teil der Bevölkerung fühlt sich von Krisen und Wandel zunehmend überfordert. Veränderungsmüdigkeit macht sich breit, da bei komplexen Transformationsprozessen wie der Verkehrswende kaum schnelle, komfortable und allseits gerechte Lösungen in Sicht sind.

Eine repräsentative Umfrage der Körber-Stiftung von 2023 zeigt zudem: Nur noch 43 % der Befragten vertrauen der Demokratie, 26 % der öffentlichen Verwaltung und 39 % der Partei, die sie gewählt haben. 71 % sind der Meinung, dass Führungspersonen in Politik und Medien auf den Rest der Bevölkerung herabschauen. Weitere Studien bestätigen, dass sowohl jüngere als auch ältere Menschen kaum Vertrauen in die politische Bewältigung der großen Herausforderungen haben.

Folgen für die Demokratie

All das kann zu Widerstand und Blockaden in Veränderungsprozessen führen, Frustration verstärken und Gefühle der Mitverantwortung schwächen. Durch Desinformationen werden diese Entwicklungen verschärft.

Der Ruf nach staatlichen Lösungen zur Bewältigung von Krisen und Transformationsprozessen ist wichtig, aber bei Weitem nicht ausreichend. Große Veränderungen gelingen in demokratischen Systemen nur, wenn Bürger*innen, Unternehmen und Kommunen aktiv eingebunden werden. Die Beteiligung von Bürger*innen schafft Akzeptanz auch für umstrittene Lösungen, erhöht die Transparenz langfristiger Prozesse, ermöglicht aber auch innovative Pilotprojekte und Experimente.

Beteiligung bleibt aber ein Idealbild, wenn immer weniger Menschen an ihre Einflussmöglichkeiten und an eine funktionierende Demokratie glauben. Hier kommt die Zivilgesellschaft ins Spiel.



Lösungsansätze der Zivilgesellschaft

Hier können Sie die Zivilgesellschaft unterstützen

Beispiele

Germanwatch, [germanwatch.org](https://www.germanwatch.org)*

Das Projekt Handabdruck befähigt Menschen dazu, besonders wirksame Veränderungen im Klimaschutz voranzubringen. Im Unterschied zum „ökologischen Fußabdruck“ geht es hier nicht um das persönliche Konsumverhalten, sondern um Engagement für groß angelegte politische Lösungen.

Viel Gut Tour, phineo.org/viel-gut-tour

Engagement für Zusammenhalt, Klimaschutz und Demokratie wird überall in Deutschland gelebt. Gemeinsam mit lokalen Vereinen und Initiativen macht die Viel Gut Tour das auf den Marktplätzen deutscher Kleinstädte sichtbar.

Mehr als Lernen, mehralslernen.org*

Die Bildungsinitiative Mehr als Lernen befähigt Schüler*innen dazu, ihre Schule mitzugestalten. Unter anderem hilft sie ihnen beim Aufbau von Schülervertretungen und Klassenräten.

EducationY, education-y.de*

Lehrkräfte werden zu buddY-Coaches ausgebildet. In dieser Rolle ermutigen sie Schüler*innen dazu, ihre Projektideen an der Schule umzusetzen – sei es die Eröffnung eines Pausen-Kiosks, Lernpatenschaften oder die Gestaltung ihres Klassenraums.

***mit dem PHINEO-Wirkt-Siegel ausgezeichnet**

Wir brauchen die Innovationskraft der Zivilgesellschaft, um niedrighelwellige und inklusive Beteiligungsmöglichkeiten zu finden. Bestehende Beteiligungsangebote werden oft als zu bürokratisch, aufwendig, intransparent oder ergebnislos erlebt. Insbesondere Eingewanderte und ihre Nachkommen sowie Menschen mit geringem Einkommen sind in demokratischen Entscheidungsprozessen deutlich unterrepräsentiert. Auch hier braucht es neue Ideen, wie sie ihre Interessen besser einbringen können.

In allen Altersgruppen muss das Gefühl wachsen, dass die eigene politische Beteiligung etwas für das Gemeinwohl bewirken kann.

Die Zivilgesellschaft motiviert und befähigt auf vielen Wegen zu politischer Beteiligung:

- Bürgerforen, Bürgerräte oder Wahlkreisräte ermächtigen zufällig ausgewählte Bürger*innen, sich auch bei komplexen Herausforderungen wie Klimakrise, sozialer Ungleichheit oder Sicherheitspolitik einzubringen, Verantwortung zu übernehmen und gemeinsam konstruktive Lösungen zu entwickeln.
- Kinder und Jugendliche können durch Beteiligungsprojekte in ihrer Schule oder Stadt aktiv Demokratie erleben. Das fördert langfristig ihr politisches Engagement.
- Spezifische Förderprogramme ermutigen und befähigen politisch unterrepräsentierte Gruppen, ihre Interessen einzubringen.
- Unternehmen, Schulen und öffentliche Einrichtungen werden beraten, wie sie Beteiligung im Alltag ihrer Organisation langfristig verankern können.
- NGOs und lokale Initiativen ermöglichen es Bürger*innen, sich zu gesellschaftlichen Herausforderungen zu engagieren.
- Talent- und Nachwuchsprogramme erleichtern Bürger*innen die Kandidatur für Parlamente und den Einstieg in politische Ämter.
- Digitale Beteiligung ist besonders für Menschen geeignet, die sich nicht in traditionellen Institutionen wie Parteien engagieren wollen.

3. Systeme verändern

Krisen und komplexe Transformationsaufgaben haben strukturelle Schwächen in Deutschland offengelegt. Die Rahmenbedingungen für die Beteiligung von Bürger*innen sind oft unklar. In der Umsetzung von Maßnahmen wie dem Klimaschutz gibt es viele bürokratische Hindernisse. Die verschiedenen staatlichen Ebenen arbeiten nicht optimal zusammen. Es fehlt in Politik und Verwaltung häufig an Flexibilität und Innovationskraft für wirkungsvolle Lösungen. Es mangelt an langfristigen Plänen, um Krisen und Veränderungen zu bewältigen.

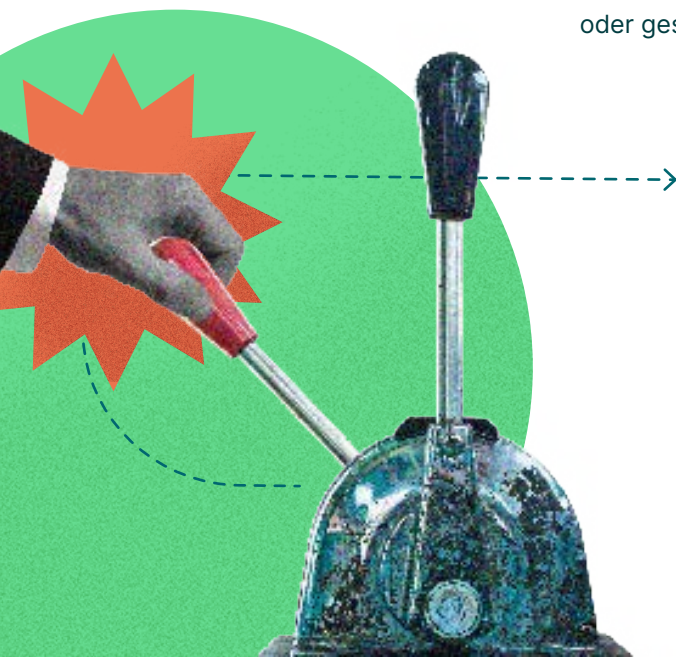
Folgen für die Demokratie

Bleiben strukturelle Veränderungen aus, dauert es länger und wird schwerer, Krisen und Veränderungen zu bewältigen. Das schwächt die Demokratie, das Misstrauen in ihre Institutionen wächst. Rechtsextreme und populistische Parteien nutzen dies aus. Mittlerweile glauben nur noch 25 % der Bevölkerung, dass der Staat seine Aufgaben erfüllen kann, wie eine Befragung des Beamtenbunds von 2024 ergab.

Hier können Sie die Zivilgesellschaft unterstützen

Die Zivilgesellschaft macht strukturelle Schwächen sichtbar und setzt sich für systemische Veränderungen ein – durch technische und soziale Innovationen, Monitoring, Lobbying und Kampagnen, Bildung und Beratung.

1. Demokratiequalität verbessern: Dazu gehören Aktivitäten, die demokratische Kernprinzipien stärken. Die Zivilgesellschaft kann den Anstoß geben für Organisationsentwicklung, veränderte Prozesse der politischen Entscheidungsfindung, eine neue Verteilung von (finanziellen) Ressourcen oder gesetzliche Anpassungen.



Lösungsansätze der Zivilgesellschaft

REPRÄSENTATION:

1. Stärkung von Kinder- und Jugendparlamenten
2. Erhöhung des Anteils unterrepräsentierter Gruppen in Parteien und Parlamenten
3. Ausbau der kommunalen Selbstverwaltung

PARTIZIPATION:

1. Bessere finanzielle und rechtliche Grundlagen für Bürger*innenbeteiligung
2. Modernes Gemeinnützigkeitsrecht
3. Verlässliche Finanzierung der Demokratieförderung

RECHTE:

1. Abbau institutioneller Diskriminierung
2. Sicherung von Datenschutz und Privatsphäre
3. Beschränkung der staatlichen Überwachung von Medienschaffenden

RECHTSSTAATLICHKEIT:

1. Verbesserung von Lobbyregulierung
2. Transparente Parteienfinanzierung
3. Mehr Schutz vor rechter Gewalt



Abbildung 4: Beispielhafte Auswahl von Ansätzen zur Stärkung der Demokratiequalität (eigene Darstellung)

Beispiele

Kommune 360°, kommune360.de

Das Projekt knüpft neue Kooperationen zwischen Verwaltung, Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft. Das Ziel: Durch eine besser abgestimmte Planung wird allen Kindern ein gutes Aufwachsen ermöglicht.

FragDenStaat, fragdenstaat.de

Bürger*innen können schneller Anfragen an Behörden stellen und kommen so leichter an amtliche Informationen. So wird das Recht auf Informationsfreiheit gefördert.

AI4Democracy, ai4democracy.com

Technologie-Expert*innen helfen Parlamenten und Behörden, um mittels KI pragmatische Lösungen für aktuelle Herausforderungen zu finden.

2. Krisen- und Transformationsfähigkeit verbessern: Die Zivilgesellschaft unterstützt Politik und Verwaltung durch Agenda Setting, Capacity Building, Beratung und Tools, die dabei helfen, krisen- und transformationsfähiger zu werden. Drei aktuelle Handlungsansätze sind:

- Krisen und Transformation sind zu komplex, um von einem Bereich oder Sektor allein gelöst zu werden. Indem starre Silos innerhalb des Staats aufgebrochen werden und Kooperationen zwischen Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft entstehen, wird eine ganzheitliche Herangehensweise möglich.
- Führungskräfte und Mitarbeitende in Politik und Verwaltung müssen gut mit Polykrisen und Transformationen umgehen. Trotz großer Unsicherheiten müssen sie schnell entscheiden, über Organisations- und Hierarchiegrenzen hinweg Lösungen entwickeln, Experimente wagen und aus Fehlern lernen. Eine Fehlerkultur und die Einbindung der Mitarbeitenden sind dafür entscheidend.
- Digitalisierung und KI ermöglichen mehr Bürger*innenbeteiligung, datenbasierte Entscheidungen, das Erkennen von Krisen, den Kampf gegen Desinformation und die effiziente Nutzung von Ressourcen. Zivilgesellschaftliche Organisationen gestalten Lösungen mit und sensibilisieren für Risiken.

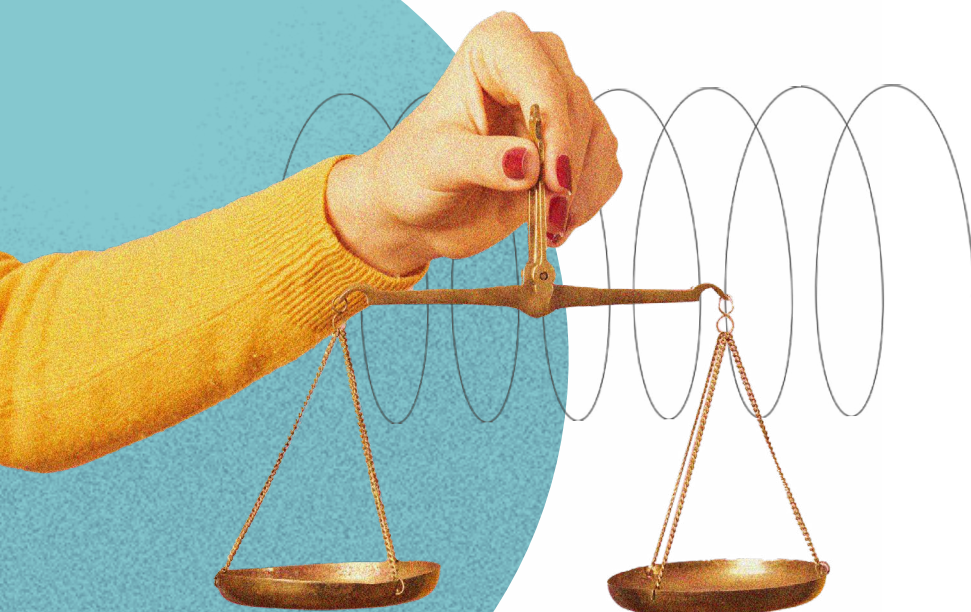
4. Soziale Ungleichheit bekämpfen

Soziale Ungleichheit zeigt sich in Deutschland unter anderem daran, dass Einkommen und Vermögen sehr ungleich verteilt sind, Kinderarmut steigt und ärmere Haushalte durch Krisen stärker finanziell belastet sind. Strukturelle Ursachen sind unter anderem der Niedriglohnsektor, Geschlechterungleichheit, sinkende Tarifbindung, Wohnungsmangel, eine unzureichende Kinder- und Altersgrundsicherung, Steuersenkungen für Reiche und steuerliche Begünstigungen großer Vermögen. Krisen können soziale Ungleichheiten verschärfen, weil sie Menschen mit niedrigem Einkommen oft besonders belasten.

Folgen für die Demokratie

Soziale Ungleichheit und Armut untergraben das demokratische Prinzip gleicher Rechte, wie den Zugang zu Bildung. Betroffene verlieren das Vertrauen in Demokratie, da sie sich nicht gehört oder vertreten fühlen. Menschen mit niedrigem Einkommen oder schlechten Arbeitsbedingungen fühlen sich besonders oft benachteiligt, was sie anfälliger für rechtspopulistische Einstellungen macht.

Neben der tatsächlichen sozialen Benachteiligung spielt auch die gefühlte Benachteiligung eine wichtige Rolle. Krisen verstärken Unsicherheiten und Ängste vor sozialem Abstieg. Rechtsextreme und populistische Parteien nutzen diese Ängste, indem sie einfache Erklärungen und Sündenböcke anbieten.



Lösungsansätze der Zivilgesellschaft

All dies zeigt, wie entscheidend es für die Demokratie ist, soziale Ungleichheiten an der Wurzel zu packen. Zusätzlich werden sozial ausgewogene Lösungen für Verteilungskonflikte gebraucht, um Benachteiligungen durch wirtschaftliche Krisen, die Energie- und Verkehrswende oder weitere Transformationsprozesse wie den demografischen Wandel zu verhindern.

Hier können Sie die Zivilgesellschaft unterstützen

Strukturelle Ursachen brauchen strukturelle Lösungen. Die Zivilgesellschaft setzt sich dafür auf verschiedenen Wegen ein:

- Durch Lobbying und Kampagnen drängt die Zivilgesellschaft auf staatliche Maßnahmen und Gesetze, um soziale Ungleichheit zu verringern. Themen sind unter anderem armutssichere Einkommen, eine faire Vermögensverteilung, gerechte Steuerpolitik, ein bedingungsloses Grundeinkommen und Grunderbe, Schaffung von bezahlbarem Wohnraum oder sozial gerechte Klimaschutzmaßnahmen.
- Bildungsprogramme in Kooperation mit Wirtschaft und Staat verschaffen benachteiligten Gruppen Zugang zu besserer Bildung und beruflichen Perspektiven.
- Rechtsberatung oder andere Formen der Betroffenenhilfe sind unverzichtbar, um die Folgen von Armut wie Einsamkeit abzumildern und Zugänge zu Justiz, Gesundheitsversorgung oder Wohnraum zu verbessern.

Beispiele

ArbeiterKind, arbeiterkind.de*

In Deutschland bestimmt die soziale Herkunft über die Bildungskarriere. Die Ehrenamtlichen von ArbeiterKind ermutigen und unterstützen Schüler*innen, die als Erste in ihrer Familie studieren möchten.

Off Road Kids Stiftung, offroadkids.de*

Die Streetworker*innen von Off Road Kids helfen obdachlosen Jugendlichen schnell und unbürokratisch, wieder in stabile Verhältnisse zu kommen. Die Stiftung engagiert sich politisch für eine bessere Finanzierung der Jugendämter, damit bedürftige Kinder und Jugendliche mehr Unterstützung erhalten.

Joblinge e.V., joblinge.de*

Joblinge arbeitet mit Arbeitsagenturen und Unternehmen zusammen, um benachteiligte Jugendliche in den Arbeitsmarkt zu bringen. Mit Erfolg: 17.000 junge Menschen haben bereits teilgenommen, 80 % finden einen Job.

***mit dem PHINEO-Wirkt-Siegel ausgezeichnet**

5. Diskriminierung abbauen

Wie die Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung zeigt, sind menschenfeindliche Einstellungen in Deutschland verbreitet und nehmen durch Krisen- und Bedrohungserfahrungen zu. Ein Drittel der Bevölkerung hat rassistische und fremdenfeindliche Einstellungen. 34% glauben, Geflüchtete kämen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen. Fast die Hälfte der Bevölkerung findet, dass Alteingesessene mehr Rechte und Privilegien als Neuankömmlinge haben sollten.

Obwohl die Mehrheit der Bevölkerung solche Einstellungen nicht teilt, erleben viele Menschen in Deutschland alltäglich Diskriminierung durch abfälliges Verhalten, Beleidigungen und Gewalt. Institutioneller Rassismus erschwert den gleichberechtigten Zugang zu Dienstleistungen, Rechten, Wohnungs- und Arbeitsmarkt oder Bildung.

Folgen für die Demokratie

Eine verbreitete Praxis der Diskriminierung in Deutschland untergräbt in besonderem Maße die demokratischen Grundsätze von Gleichberechtigung und Rechtsstaatlichkeit und zementiert soziale Ungleichheiten. Menschenfeindliche Haltungen tragen dazu bei, dass bestimmte Gruppen als Sündenböcke für gesellschaftliche Ängste herhalten müssen. Dies verstärkt nicht nur ihre Benachteiligung, sondern lenkt auch von den strukturellen Ursachen und Lösungen der Probleme ab.



Hier können Sie die Zivilgesellschaft unterstützen

Strukturelle Ursachen brauchen strukturelle Lösungen. Die Zivilgesellschaft setzt sich dafür auf verschiedenen Wegen ein:

- Diskriminierende Praktiken werden durch Monitoring, wie etwa die Arbeit von Registerstellen, aufgedeckt. So wird die Öffentlichkeit sensibilisiert.
- Aufklärungs- und Bildungsprogramme stärken das Bewusstsein für Gleichwertigkeit und menschenrechtsorientiertes Denken. Einige Initiativen konzentrieren sich auf spezifische Diskriminierungsformen wie Rassismus und Antisemitismus, während andere phänomenübergreifend agieren.
- Institutioneller Diskriminierung wird durch Schulungen und Beratungen zu Diversität, Inklusion und Antidiskriminierung in Unternehmen und Organisationen vorgebeugt.
- Menschen, die von Diskriminierung betroffen sind, werden gestärkt und ermutigt, ihre Rechte einzufordern.

Beispiele

Kulturbüro Sachsen, kulturbuero-sachsen.de*

Mobile Beratungsteams stärken Menschen und Organisationen im ländlichen Raum im Umgang mit Rassismus, Antisemitismus und anderen Vorstellungen von Ungleichwertigkeit. So schließen sie Lücken in der Angebotslandschaft, die oft auf große Städte ausgerichtet ist.

Gegen Vergessen – Für Demokratie, gegen-vergessen.de*

In Argumentationstrainings lernen die Teilnehmenden, herabsetzenden Äußerungen im Alltag konstruktiv zu begegnen, ohne dabei selbst abwertend zu reagieren.

Gesicht Zeigen!, gesichtzeigen.de*

Das Empowerment-Programm "Die Freiheit, die ich meine" ermutigt mehrfachdiskriminierte muslimische und muslimisch gelesene junge Menschen dazu, selbstbewusster für ihre Wünsche, Ideen und Anliegen einzutreten.

Handicap International, handicap-international.de

Crossroads unterstützt geflüchtete Menschen mit Behinderung, Zugang zu den Angeboten der Behindertenhilfe zu erhalten und hilft beim Aufbau einer politischen Selbstvertretung.

***mit dem PHINEO-Wirkt-Siegel ausgezeichnet**

Schritt für Schritt wirkungsvoll fördern

Sie möchten loslegen und sich engagieren? Folgende zehn Überlegungen sind wichtig:

1.

Themenfindung

Welche gesellschaftlichen Herausforderungen will ich angehen? In unserer Welt der Polykrisen ist es essenziell, sich zu fokussieren. Niemand kann alle Themen allein lösen. Eine tiefere Bearbeitung von wenigen Themen steigert die Qualität und das PHINEO-Wirkungspotenzial. Abhängig vom philanthropischen Kapital können auch mehrere Themen behandelt werden.

2.

Vorwissen

Was weiß ich bereits über das Thema? Wo gibt es Wissenslücken? Dabei empfiehlt es sich, Expert*innen-Literatur oder bestehende Projekte zu konsultieren.

3.

Vision & Strategie

Welche Veränderungen kann und will ich in dem definierten Themenbereich mit meinem Engagement bewirken? Welchen Ansatz wähle ich dafür aus? Möchte ich rein fördernd tätig sein oder auch operativ aktiv werden? Setze ich auf bewährte Maßnahmen oder will ich ins Risiko gehen? Mache ich mich allein auf den Weg oder eher im Verbund mit anderen?

4.

Wirkungsradius

Möchte ich auf lokaler, regionaler, nationaler oder internationaler Ebene wirken? Ist mir ein Engagement vor Ort wichtig oder möchte ich mich dort engagieren, wo es einen besonders großen Bedarf gibt?

Impulse zur Förderung

5.

Wirkungsebene

Möchte ich auf Ebene des Individuums oder auf gesellschaftlicher Ebene wirken? Geht es mir um die Verbesserung der Lebenssituation von Einzelpersonen, oder möchte ich systemische Veränderungen z. B. durch politische Lobbyarbeit fördern?

6.

Anonymität vs. Prominenz

Möchte ich mich öffentlich positionieren oder lieber im Hintergrund wirken? Ist mein Name hilfreich, um weitere Förderpartner*innen zu gewinnen?

7.

Ausschreibung vs. Scouting

Möchte ich meine Förderung öffentlich ausschreiben, um eine große Auswahlmöglichkeit zu haben oder scoutete ich potenzielle Förderorganisationen selbst? Ersteres geht mit einem höheren Verwaltungsaufwand einher, Letzteres verlangt Themenfeld- und Sektorexpertise sowie Zeit für die Recherche.

8.

Strukturen schaffen vs. flexibel bleiben

Gerade bei größeren Fördersummen stellt sich die Frage, ob ich mich langfristig engagieren und eine Organisation wie eine Stiftung oder eine gGmbH gründen möchte. Möchte ich stattdessen lieber flexibel bleiben und mich wahlweise einer bestehenden anderen Förderinstitution anschließen (mittels Zustiftung oder Spende in einen Fonds)? Oder will ich eine eigene Großspende tätigen und über eine/n Mittler*in wie PHINEO abwickeln?

9.

Qualitätsanspruch

Welchen Anspruch habe ich an die Prüfung der Organisationen? Vertraue ich Empfehlungen aus dem Freundeskreis, Websitedarstellungen der Organisation oder Qualitätssiegeln? Welche Aspekte sind mir darüber hinaus bei der Auswahl wichtig?

10.

Wirkungsvolle Projekte

Kann die Organisation für das Projekt Ziele und Zielgruppen benennen und Aussagen zu ihrer Wirkung treffen? Ist sie stabil und solide aufgestellt und berichtet sie transparent über ihre Arbeit?

WICHTIG

Förderorganisationen können nur dann erfolgreich arbeiten, wenn sie wirkungsvoll und zeitgemäß gefördert werden. Das heißt u.a., die Organisation hinter dem Projekt zu unterstützen, flexibel auf Veränderungen zu reagieren, auf bürokratische Hürden zu verzichten, eine Lernkultur zu ermöglichen und den Organisationen zu vertrauen.

Weitere Infos unter anderem auf www.vertrauen-macht-wirkung.de ↗
<https://www.weniger-ist-mehr.org> ↗
<https://www.phineo.org/philanthropie> ↗

Als gemeinnützige Plattform stärkt PHINEO strategisches gesellschaftliches Engagement.

Wir fördern den sozial-ökologischen Wandel durch Unterstützung und Beratung und bauen Brücken zwischen Zivilgesellschaft, Wirtschaft und öffentlichem Sektor.

Wir erweitern stetig das Wissen zu kollektiver Wirkung und teilen unsere Erfahrung. Wir setzen uns für eine offene, nachhaltige und friedliche Gesellschaft ein in der Gutes tun mit Wirkung das gemeinsame Handeln bestimmt.

Sprechen Sie uns an!

Möchten Sie mehr erfahren, haben Sie konkrete Fragen zu Ihrem Engagement für die Demokratie oder haben Sie eine Idee für eine Kooperation, dann sprechen Sie uns bei PHINEO gerne an!



Sonja Schäffler
Ansprechpartnerin Philanthropie & Fördermanagement
Leitung Großspendenberatung & Wirkungsanalyse
+49 151 116 464 12
sonja.schaeffler@phineo.org ↗



Jonas Fathy
Ansprechpartner operative NPOs
Leitung Großspendenberatung & Wirkungsanalyse
+49 30 520 065 113
jonas.fathy@phineo.org ↗

Zum Weiterlesen



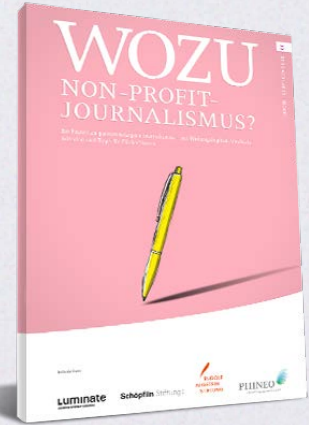
Demokratie-Projekte mit Impact ↗

Von uns geprüfte und empfohlene Organisationen, die für Demokratie und Zusammenhalt stehen



Wie sich Unternehmen für die Demokratie einsetzen können ↗

Wie Unternehmen für demokratische Werte aktiv werden können



Wozu Non-Profit- Journalismus? ↗

Gemeinnütziger Journalismus in Deutschland und Europa

Literaturverzeichnis

Blätte, A., Dinnebie, L. & Schmitz-Vardar, M. (2023) Vielfalt sucht Repräsentation: Amts- und Mandatsträger*innen in der Kommunalpolitik, Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung.

Bienstman, S. (2023) Does inequality erode political trust? *Frontiers in Political Science* 5:1197317.

Brülle, J. & Spannagel, D. (2023) Einkommensungleichheit als Gefahr für die Demokratie: WSI-Verteilungsbericht 2023, WSI Report No. 90, Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung.

Butzlaff, F. & Messinger-Zimmer, S. (2020) Undermining or defending democracy? The consequences of distrust for democratic attitudes and participation, *Critical Policy Studies*, 14(3): 249-266.

Calmbach, M. et al. (2024) Wie ticken Jugendliche? SINUS-Jugendstudie 2024: Lebenswelten von Jugendlichen im Alter von 14 bis 17 Jahren in Deutschland. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

dbb beamtenbund und tarifunion (2024) Bürgerbefragung „Öffentlicher Dienst 2024“. Der öffentliche Dienst aus Sicht der Bevölkerung, Berlin: dbb.

Hans Böckler Stiftung (2024) Auf einen Blick Soziale Ungleichheit in Deutschland, <https://www.boeckler.de/de/auf-einen-blick-17945-20845.htm#A1>.

Körber-Stiftung (2023) Repräsentative Umfrage. Deutsche verlieren Vertrauen in ihre Demokratie. Hamburg: Körber-Stiftung.

Kohlrausch, B. & Höcker, L.M. (2020) Ursachen für rechtspopulistische Einstellungen: Ein Überblick über den Forschungsstand, *Forschungsförderung Working Paper 178*, Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung.

Lawrence M. et. al. (2024) Global polycrisis: the causal mechanisms of crisis entanglement. *Global Sustainability* 7, e6: 1-16.

Holzmann, S. & Wolf, I. (Hrsg.) (2023) Klimapolitik und soziale Gerechtigkeit: Wie die deutsche Bevölkerung Zielkonflikte in der Transformation wahrnimmt. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.

Kiess, J. (2021) Learning by doing: The impact of experiencing democracy in education on political trust and participation, *Politics*, 42(1): 75-94.

Mau, S., Lux, T. & Westheuser, L. (2023) Triggerpunkte: Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft. Berlin: Suhrkamp.

Nord, M. et al. (2024) Democracy Report 2024: Democracy Winning and Losing at the Ballot. University of Gothenburg: V-Dem Institute.

OECD (2024) OECD Survey on Drivers of Trust in Public Institutions – 2024 Results: Building Trust in a Complex Policy Environment, Paris: OECD Publishing.

Rausch, D., Hotait, N. & Beigang, S. (2021) Reaktionsmöglichkeiten bei Rassismus: Die Bedeutung von Kontextfaktoren für Handlungsstrategien bei rassistischer Diskriminierung, *DeZIM Project Report #04/21*, Berlin.

Skaaning, S.E. & Hudson, A. (2023) The Global State of Democracy Indices Methodology: Conceptualization and Measurement Framework, Version 7. Stockholm: International Institute for Democracy and Electoral Assistance.

von Görtz, R. & Langness, A. (2024) Jung. Kritisch. Demokratisch. Perspektiven junger Erwachsener auf die Herausforderungen unserer Zeit, Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.

Zick, A. et al. (2023) Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23, Bonn: Dietz.

PHINEO.ORG